

## Haushaltsrede der CDU

– es gilt das gesprochene Wort -

Haushaltsrede Kreistag:

Sehr geehrter Herr Landrat Bär,

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Heute wollen wir den Haushaltsplan 2020 verabschieden. Ein Haushaltsplan, der bis in die letzten Stunden vor der Verabschiedung noch von starken Veränderungen geprägt war oder ist. So ereilte uns ja am Dienstagabend die positive Nachricht, dass wir im Asylbereich für die geduldeten Flüchtlinge für den LKR Tuttlingen weitere 800.000,00 € erhalten. Dies stellt eine echte Verbesserung des Planwerks 2020 dar und nimmt auch Druck heraus. Aber auch diese positive Nachricht ändert nichts daran, dass das Planwerk 2020 von zwei zentralen Annahmen ausging und die bis heute gelten. Nämlich, dass das Jahr 2020 noch zu den wirtschaftlich starken Jahren gehören wird, für den Kreis Tuttlingen, es zeigt aber auch auf, dass wir anspruchsvolleren Zeiten entgegen gehen. Dadurch entsteht, so meine ich ein Spannungsfeld, das uns auch sicher in der heutigen Sitzung begleiten wird.

So ist zunächst einmal festzustellen, dass die Haushaltsjahre 2018 und 2019 deutlich besser abschneiden als geplant. So verzeichnen wir für 2018 einen Jahresüberschuss mit 6,6 Mio. € und für 2019 einen weiteren Jahresüberschuss in Höhe von rund 1,7 Mio. €. Somit haben wir aus diesen beiden Jahren einen Überschuss in Höhe von rund 8,3 Mio. Dies stellt ein ordentliches Polster dar, das uns ermöglicht, die anstehenden Projekte in 2020 anzugehen und auch umzusetzen. Es ist aber auch

erforderlich, denn ohne dieses großzügige Polster hätten wir nicht die liquiden Mittel, die wir eben für unsere Aufgaben brauchen.

Denn, obwohl wir auch im kommenden Jahr wieder von einem weiteren Anstieg der Steuerkraft der kreisangehörigen Gemeinden ausgehen, mit der Folge, dass dann über die Kreisumlage rund 8,8 Mio € mehr in die Kasse des Landkreises fließen, kann der Landkreis den Haushalt 2020 leider nicht ausgleichen.

So schlagen die Mehraufwendungen, für die Busvergabe mit 3,8 Mio, oder der Ausgleich des Defizits des Klinikums in Höhe von 2,6 Mio, als auch Abschreibungen für die Klinikgebäude mit 1,3 Mio.€ erheblich ins Kontor. Verschärft wird die Situation noch zusätzlich durch das Ausbleiben des Soziallastenausgleichs. Dies alles führt in der Summe dazu, dass wir im Jahre 2020, trotz aller Anstrengungen mit einem Defizit in Höhe von 2,2 Mio. € zur rechnen haben.

Dieses Zahlenwerk zeigt auf, dass wir im Landkreis Tuttlingen ein strukturelles Defizit haben, über das wir uns zeitnah Gedanken machen müssen und das wird sicherlich große Diskussionen nach sich ziehen. Insbesondere deshalb, weil das Zahlenwerk von Herrn Kreiskämmerer Bernhard schon sehr optimistisch gerechnet worden ist.

So wurden die zu erwartenden Einnahmen für die Baugenehmigungsgebühren von 350.000,00 € - im Jahre 2018 - auf 650.000,00 im Jahre 2020 angehoben

Oder der empfohlene jährliche Mitteleinsatz nach der Straßenzustandsbewertung, für die Sanierung unserer Kreisstraßen mit 1,8 Mio €. Diesen Betrag halten wir bei weitem nicht ein. Der Haushaltsansatz für 2020 sieht hier lediglich einen Betrag in Höhe von 1,050 Mio €. Im Grunde nach deutlich zu wenig, mit der Folge, dass wir hier von der Substanz leben und einen Sanierungsstau erzeugen

Auch die Grunderwerbssteuer ist in den letzten Jahren stark angestiegen und hat sich zu einer zuverlässigen Einnahmequelle für den Landkreis entwickelt. Jedoch ist der HH Ansatz im Jahr 2020 mit 8,9 Mio € sehr hoch und muss erst erreicht werden bzw. die Frage stellt sich, wie lange dieser Ansatz überhaupt so hoch gehalten werden kann. Wenn diese Einnahmequelle für den Landkreis in den kommenden Jahren zurückgeht, wovon auszugehen ist, führt dies zu einer weiteren Verschärfung der finanziellen Lage des Kreishaushalts.

Insbesondere auch deshalb, weil im Jahr **2020 die Sozialausgaben** weiter deutlich ansteigen. Um sage und schreibe 2,35 Mio. Oder anders formuliert 98,86 % als fast 99 % der Kreisumlage fließen bzw. decken den Sozialetat. Da muss man sich schon fragen, wie geht es denn weiter, wenn die Steuerkraft der kreisangehörigen Gemeinden nachlässt. Wenn der Sozialetat nicht mehr über die Kreisumlage abgedeckt werden kann - und davon müssen wir, Stand heute, wohl ausgehen. Dies macht uns große Sorgen. Vor ein paar Jahren haben wir uns - im Kreis - mit einer Sozialstrategie befasst und präventive Lösungsansätze erarbeitet. Hieran sollten wir nochmals anknüpfen. Es geht uns hierbei ganz klar darum, nicht den Rasenmäher auszupacken und pauschal zu kürzen. Es geht uns vielmehr darum, die Strategie weiter zu entwickeln, damit wir präventiv die zu erwartenden Kostensteigerungen abfangen können. Dazu gehört auch, dass wir uns über neue Strukturen Gedanken machen. So, wie wir es auch beispielsweise mit unserem **Seniorenkonzept** begonnen haben.

Auch dieses gehört fortgeschrieben. Das bisherige **Seniorenkonzept** beinhaltet schon viele gute Handlungsfelder, nur dürfen wir uns darauf nicht ausruhen. Der demographische Wandel ist im vollen Gange. Die Gesellschaft wird immer älter. Es muss unser Ziel sein, diesen Themenbereich noch stärker in unser Bewusstsein zu rücken, die Strukturen im Kreis und in den Gemeinden zu erhalten und weiter zu entwickeln, damit die Lebensqualität, insbesondere unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger möglichst lange gesichert wird. Dass hierbei insbesondere das Leben in den eigenen „Vier Wänden“ Vorrang haben muss, dürfte außer Frage stehen. Denn dies bedeutet Lebensqualität.

Und Lebensqualität ist ein ganz wesentlicher Faktor, der zum Erfolg oder Misserfolg eines Landkreises beiträgt.

Zu einer guten Lebensqualität führen viele große Faktoren oder Themen die uns in Zukunft im Landkreis Tuttlingen stark beschäftigen werden.

Dazu gehört für mich die Ärzteversorgung und das Klinikum als auch der gesamte Bereich des ÖPNV.

Lassen Sie mich zunächst etwas zum ÖPNV sagen – hier insbesondere zu unseren Busverkehren,

Auch hier haben wir es mit schwierigeren Rahmenbedingungen zu tun. So hat die Neuvergabe der Busverkehre zu einem erheblichen, jährlichen Mehraufwand in Höhe von 3,8 Mio geführt. Dieser Mehraufwand belastet die Haushalte in den kommenden Jahren laufend und zeigt uns auch an dieser Stelle deutlich auf, dass wir im Kreishaushalt ein strukturelles Problem bekommen. Bei den sogenannten Schwachlastzeiten wäre ein Einsparpotential in Höhe von 1,5 Mio vorhanden. 1,5 Mio € künftig für andere Aufgaben haben oder eben nicht haben, das ist die Frage. Insbesondere wenn man einfach

feststellen muss, dass gewisse Buslinien ab einer bestimmten Uhrzeit überhaupt nicht mehr angenommen werden. Daraus muss resultieren, dass wir uns gleich Anfang 2020 intensiv Gedanken machen, wie wir uns hier künftig aufstellen wollen. Die Busverkehre sind eng an den Schienenverkehr insbesondere an den Ringzug gekoppelt. Das Jahr 2020 sollte bzw. muss dafür genützt werden, wie künftig der Busverkehr im Landkreis Tuttlingen möglichst effizient organisiert wird, so dass der ÖPNV auch in Zukunft bezahlbar bleibt. Hierbei muss natürlich darauf geachtet werden, dass die Busgemeinden gegenüber den Ringzuggemeinden nicht über die Gebühr benachteiligt werden. Dies ist sicher eine große und auch schwierige Aufgabe, zumal der ÖPNV für die Zukunft – insbesondere auch vor der aktuellen Klimadebatte und der viel diskutierten Mobilitätswende– eine immer größere Rolle spielen wird bzw. sollte.

Es geht uns als nicht darum, einzelne schwache Linien herauszupicken, sondern wir benötigen hier einen gesamtheitlichen Blick.

Ein weiterer wichtiger Faktor für einen Landkreis ist natürlich auch eine gute Ärzteversorgung und ein **funktionierendes Klinikum**.

Insbesondere die Klinikdiskussion hat uns 2019 sehr stark beschäftigt. Es war nach meiner Meinung eigentlich das zentrale Thema schlecht hin und dies auch aus gutem Grund. Die Diskussion zeigte eindeutig auf, wie wichtig es unseren Bürgern ist, dass wir eine qualitativ gute medizinische Versorgung im gesamten Landkreis haben. Dass hierbei unserem Haus in Spaichingen, für die Stadt Spaichingen, aber auch für den gesamten nördlichen Landkreis eine zentrale Bedeutung zukommt, ist nur logisch und auch richtig. Aus diesem Grund hat die CDU Fraktion die Beauftragung eines Gutachtens erwirkt, nochmals die Situation

unserer Kreisklinikums genau zu durchleuchten. Das Ergebnis, war sicherlich für Spaichingen und für das Umland ernüchternd. Zeigte doch das Gutachten auf, dass kleine Häuser wie Spaichingen nur noch sehr schwer zu halten sind. Dies liegt weniger am Willen des Kreistags. Vielmehr setzt der Fachkräftemangel, als auch das Agieren, der großen Politik eben den kleinen Häusern zu.

Und gerade deshalb war und ist es der CDU Fraktion wichtig, dass in der zurückliegenden Diskussion nicht das völlige „Aus“ des Klinikstandortes Spaichingen beschlossen wurde. Mit der konservativen Orthopädie als auch der plastischen Chirurgie verbleiben vorerst zwei stationäre Einheiten in Spaichingen, bis das IGZ mit MVZ erfolgreich aufgebaut ist. Der Aufbau des Intersektoralen Gesundheitszentrums, das als Vorschlag aus diesem Gutachten hervorging, genießt für die CDU Fraktion höchste Priorität. Denn der erfolgreiche Aufbau dieses IGZ ist zwingende Voraussetzung für eine qualitative hochwertige medizinische Versorgung von Spaichingen und des Heubergs. Aus diesem Grund unterstützen wir auch den Vorschlag der Verwaltung, in 2020 zusätzlich 3 Mio € - zweckgebunden – für das Gesundheitswesen vorzusehen, wovon ja 1,4 Mio € auf Spaichingen entfallen.

Darüber hinaus möchte die CDU Fraktion ausdrücklich ermuntern und zugleich auch auffordern sich intensiv dafür einzusetzen, dass die angedachten und geplanten Akutbetten für die psychosomatische Klinik auch tatsächlich zu unserem Kreisklinikum kommen. Dies würde für unser Kreisklinikum eine weitere Stärkung bedeuten und es muss alles dafür getan werden, dass die Verhandlungen mit dem Träger, als auch mit dem Land zum Erfolg geführt werden.

Lassen Sie mich bitte noch zu einem anderen Thema kommen. Dem **Forst.**

Nicht unbedingt das zentrale Thema Nummer 1 für 2020, aber eben doch ein Thema.. So ist doch festzustellen, dass nun ab dem Januar 2020 die Umsetzung der Forstreform greift. Bedauerlich hierbei ist, dass bei der Kalkulation und bei der Berechnung der Angebote für die zu betreuenden Gemeinden grobe handwerkliche Fehler gemacht worden sind.

Dies trifft insbesondere bei der Kalkulation der Versorgungsumlage zu.

Die Folge daraus ist, dass nun der finanzielle Aufwand für die betroffenen Gemeinden teilweise erheblich ansteigt. Um hier den Druck von den Gemeinden zu nehmen lautet der Vorschlag der Verwaltung, die Kosten für die Erfüllung der hoheitlichen Aufgaben aus der Umlage herauszurechnen und über die Kreisumlage abzudecken. Mit der Begründung, dies sei ja gängige Praxis in anderen hoheitlichen Bereichen. Nun, dies muss schon kritisch hinterfragt werden und wird so sicher nicht uneingeschränkt von der der CDU Fraktion akzeptiert werden. Uns kommt der hoheitliche Anteil mit 50 % an der Versorgungsumlage viel zu hoch vor. Wir sind hier der Meinung, dass dies höchstens 20 % ausmachen kann. Auch stellt sich für uns die Frage, ob die Kommunen für die Kosten der Waldpädagogik aufkommen müssen oder nicht. Wenn dies das Land so möchte, dann soll auch das Land die Aufwendungen dafür übernehmen.

Irgendwann muss damit Schluss sein. Das Land tritt das Konnexitätsprinzip eh schon mit Füßen. Wer die Verhandlungen zwischen dem Land und den Kommunalen Spitzenverbänden aufmerksam anhand des Beispiels des Bundesteilhabegesetz oder am Beispiel der Kostenerstattung für Geduldete verfolgt, der kommt sich vor

wie auf einem Viehmarkt oder Basar. Diesem negativen Beispiel sollten wir nicht einfach so automatisch beim Forst folgen und in Bezug auf die Gemeinden fortsetzen.

Deshalb wollen wir erst nachvollziehbar geklärt haben, wie hoch der tatsächliche Anteil der hoheitlichen Aufgaben ist und ob dies alles zu Lasten der Gemeinden gehen muss.

Solange diese Fragen nicht sauber aufgearbeitet worden sind, werden wir einer Umverteilung der hoheitlichen Aufgaben über die Kreisumlage nur für die kommenden 2 Jahre zustimmen. Diese Zeit kann dann auch noch genutzt werden, um die Ausgabenseite nochmals zu prüfen, und wie die Kreisforstverwaltung ihre Einnahmenseite noch optimieren kann, indem sie beispielsweise die Betreuung der Privatwälder gegen Kostenersatz steigert.

Wir spüren also, die Verteilungskämpfe werden härter, die Ansprüche höher und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden schlechter. Mit der logischen Folge, dass es in Zukunft immer schwieriger wird, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Gelingt dies künftig nicht, wird dies sicher zur Anhebung der Kreisumlage führen, mit dem Ergebnis, dass der Druck auf die Gemeinden und Städten immer größer wird. Und der ist heute schon sehr hoch.

Obwohl davon auszugehen ist, dass die Steuerkraft der Gemeinden 2020 nochmals deutlich in der Summe ansteigt, bekommen aber auch immer mehr Gemeinden Schwierigkeiten ihren Haushalt auszugleichen, wie der Kreis eben auch. D.h. der Kreis befindet sich in bester Gesellschaft. Viele kreisangehörige Gemeinden müssen ab 2020 auf die Doppik umstellen und können aufgrund der nun vorzunehmenden Abschreibungen ihre Ergebnishaushalte nicht mehr ausgleichen. Dies ist ja mit Sicherheit auch der Grund, weshalb einige Gemeinden im

Landkreis über eine Erhöhung ihrer Hebesätze nachdenken bzw. dies schon beschlossen haben. Und wie die Gemeinden, muss sich auch der Landkreis Tuttlingen intensiv Gedanken machen, was können und wollen wir uns künftig noch leisten? Muss der Eingangsbereich des Freilichtmuseums für 4,1 Mio € wirklich gebaut werden? Oder brauchen wir wirklich 1,5 Mio für die Neugestaltung des Innenhofes des Landratsamts? Ich glaube eher nicht. Stattdessen müssen wir uns künftig auf unsere Kernthemen konzentrieren, wie die Ärzteversorgung, dem Klinikum, dem Bildungswesen, der Instandsetzung unserer vorhandenen Infrastruktur und unseren Sozialleistungen. Auch die Stärkung der Wirtschaft und bedingt auch des Tourismus, wo er zur Stärkung des Landkreises beiträgt sind wichtige Themen. Aber alles was darüber hinausgeht, führt letztlich dazu, dass die künftigen Haushalte über die Abschreibungen unnötig belastet werden, wofür dann die Gemeinden mit der Kreisumlage wieder herhalten dürfen.

Es gilt also darauf zu achten, dass künftig die Belastungen der Gemeinden und Städten sich in einem vertretbaren Rahmen bewegen, denn viele Gemeinden und Städte werden an ihre Belastungsgrenze kommen und müssen dann über Steuererhöhungen das Geld von Ihren Bürgern holen.

Und damit wären wir wieder bei der Kreisumlage. Konkret die Kreisumlage für 2020

Schaut man sich nun bei allen Schwierigkeiten das Zahlenwerk von 2020 an, so ist folgendes festzustellen.

Die Überschüsse aus 2018 und 2019 belaufen sich zusammen auf 8,3 Mio. Im Vergleich mit anderen Landkreisen und der Nachzahlung des Landes für die Asylbewerber, ist zu erwarten, dass bei diesem Abschluss

nochmal eine deutliche Summe dazukommt. Somit erhöht sich das Polster eher, wie dass es abschmilzt.

Aus den Vorberatungen wiederum ergibt sich zwischenzeitlich leider ein Defizit mit 2,1 Mio. Ziehen wir dann noch die zweckgebundene Mittel in Höhe von 3 Mio. für die Gesundheitsvorsorge ab, verbleiben noch mindestens 3,2 Mio.€ liquide Mittel übrig. Eher mehr. Aber gehen wir von den 3,2 Mio € aus, diese sind belastbar.

3,2 Mio.€ entsprechen ungefähr 1,3 % Punkte der Kreisumlage. Folgt man nun der bisherigen guten Tradition, dass die verbleibenden freien Mittel, zumindest wieder teilweise den Gemeinden und Städten zurückgegeben wird, dann kommen wir zum Ergebnis, dass die Kreisumlage spielend um 0,75 % abgesenkt werden kann. Somit verbleibt also immer noch ein finanzieller Spielraum beim Kreis und wie gesagt, wir gehen auch davon aus, dass die Rechnungsabschlüsse für 2018 und 2019 noch besser abschneiden, als bisher prognostiziert.

Wir beantragen somit die Absenkung der Kreisumlage um 0,75 % auf 31,25 % . Wir halten dies für verkraftbar und als ein wichtiges Zeichen für die Gemeinden und Städte dieses Landkreises, bei gleichzeitiger Vorsorge für die Anstehenden Maßnahmen des Landkreises.

Ja meine sehr geehrten Damen und Herren,

Zum Schluss ist es mir ein großes Anliegen, mich bei Ihnen Herr Landrat und Herr Bernhardt stellvertretend für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landkreises für die gute Zusammenarbeit zu bedanken. Mein Dank gilt auch ihnen meine Liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistags für das gute Miteinander. Ich freue mich auf ein spannendes Jahr 2020 mit Ihnen.